

Westschweizer operieren bereits mit Globalbudgets

DER BUND, 28.10.17

Die Waadt und Genf haben Globalbudgets für stationäre Behandlungen. Doch Gesundheitsökonom warnen den Bund davor, sich an ihnen zu orientieren.

Philippe Reichen
Lausanne

Die Gesundheitskosten steigen Jahr für Jahr. Und damit auch die Krankenkassenprämien. Gegen 4 Prozent betrug der jährliche durchschnittliche Prämien Schub in den letzten Jahren. Gesundheitsminister Alain Berset denkt darum über neue Modelle nach, um die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Eine von der Zürcher Alt-Ständerätin Verena Diener (GLP) präsidierte Arbeitsgruppe schlägt vor, der Staat soll für sämtliche Akteure im Gesundheitswesen in Zukunft Globalbudgets festsetzen («Bund» von gestern). Das hiesse, der Staat würde für Ärzte, Spitäler, Pharmaunternehmen und Krankenkassen für einen Zeitrahmen von mehreren Jahren finanzielle Zielvorgaben festsetzen.

Die Kantone Genf und Waadt operieren seit Jahren mit sogenannten Globalbudgets, wenn auch nur für stationäre Behandlungen in ihren Spitälern. Rund 1,3 Milliarden Franken beträgt das Budget für Genf, 1,6 Milliarden in der Waadt. «Das Modell funktioniert gut», sagt Genfs Gesundheitsdirektor Mauro Poggia (MCG). In den letzten Jahren haben Genfs Universitätsspitaler (HUG) das Globalbudget nicht überschritten. Wäre das dennoch passiert, hätten die HUG nicht etwa Behandlungen oder Operationen absagen und ins neue Jahr verlegen müssen, sondern normal weitergearbeitet.

Der Staat hätte das Defizit gemäss Kantonsverfassung übernehmen müssen. Ein Verfehlen bei den Budgetbestimmungen hätte für die HUG erst im

Folgejahr Konsequenzen. Die Direktion wäre zu Einsparungen verpflichtet. Gesundheitsdirektor Poggia sagt: «In diesem Fall müssten alle Abteilungen Sparvorschläge einbringen.» Gemäss Poggia würde nicht bei medizinischen Leistungen oder der Infrastruktur gespart, sondern beim Verwaltungsapparat.

Auf Reserven zurückgreifen

Auch der Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard (SP) ist mit seinem Modell zufrieden, obwohl das Lausanner Universitätsspital in den letzten Jahren das Globalbudget mehrere Male überschritten hat - und auf Reserven zurückgreifen musste. Das Waadtländer Modell sieht vor, dass der Kanton seinen Anteil von 55 Prozent an den Behandlungskosten der stationären Eingriffen nicht mehr überweist, sobald ein Spital sein Globalbudget überschritten hat. Von diesem Zeitpunkt an muss sich das Spital zur Finanzierung der Eingriffe bis Ende Jahr auf die 45 Prozent stützen, die die Krankenkassen zahlen - was laut Maillard machbar ist. Mit dem Anteil der Kassen könnten die Spitäler die Medikamenten- und Materialausgaben decken, und sie müssten weder Eingriffe aufschieben noch Personal entlassen.

Maillard handelt die Globalbudgets mit jedem Spital einzeln aus. Dabei wird das Vorjahresbudget als Grundlage genommen und für das Folgejahr 2 Prozent Ausgabenwachstum akzeptiert. Maillard sagt: «Für den Fall, dass ein Spital sein Globalbudget nicht ausschöpft



Pierre-Yves Maillard. Mauro Poggia.

wie das Regionalspital Payerne, wo die Direktion nach Infektionsfällen die Operationssäle mehrere Monate schliessen musste, ist das Budget geschützt und wird im nächsten Jahr nicht gekürzt.»

So zufrieden Maillard und Poggia mit ihren Globalbudgets sind: Gesundheitsökonom halten sie im Vergleich mit dem Rest der Schweiz für nicht repräsentativ. Der Basler Universitätsprofessor Stefan Felder hat über die kantonalen Ausgaben für stationäre Behandlungen ein Gutachten erstellt und festgestellt, dass Genf und Waadt anders als die allermeisten Kantone ihre Globalbudgets massiv mit staatlichen Geldern subventionieren. «Mit dem, was den Spitälern in Genf und der Waadt über die festgesetzten Fallpauschalen von den Kassen und den Kantonen zufliesst, können sie die Kosten niemals decken», sagt Felder.

«Nur den Kopf schütteln»

Der Gesundheitsökonom warnt den Bund, sich zu sehr an den Zahlen der beiden Kantone zu orientieren, weil sie die Finanzhaushalte erheblich belasten. Zudem gehören die Krankenkassenprämien in beiden Kantonen zu den höchsten der Schweiz. Gemäss Felder subventionierte Genf 2015 seine Spitäler für stationäre Behandlungen mit 524 Millionen (7600 Franken pro Fall), die Waadt gar mit 553 Millionen (5000 Franken pro Fall). Zum Vergleich: Der Kanton Zürich subventionierte seine Spitäler mit 282 Millionen (1200 Franken pro Fall), Bern mit 254 Millionen (1400 Franken pro Fall). Als Ökonom könne er über die hohen Kosten und die grosse Differenz «nur den Kopf schütteln», so Felder.

Maillard sagt dazu: Im Vergleich zu Deutschschweizer Kantonen habe die Waadt viel weniger privat versicherte und viel mehr allgemein versicherte Patienten. Privatversicherte brächten Spitälern aber drei- bis viermal mehr Einnahmen als Allgemeinversicherte. Die Waadt müsse dies kompensieren.